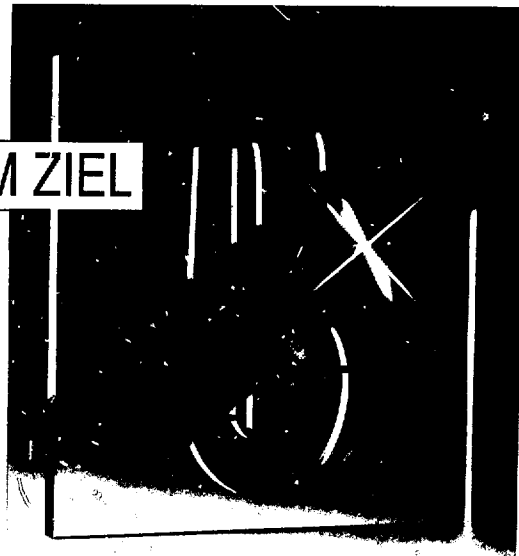
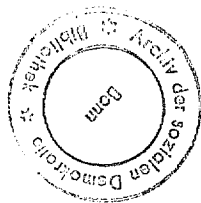


INDUSTRIEGEWERKSCHAFT CHEMIE-PAPIER-KERAMIK

EINIG IM ZIEL

Unser Weg
einer
demokratischen
und sozialen
Gewerkschafts-
strategie





A90-75

Verantwortlich
IG Chemie-Papier-Keramik
Hauptvorstand
Abteilung Presse und Öffentlichkeitsarbeit
Königsworther Platz 6
3000 Hannover 1
Grafic-Design: Gerd Wolf
Druck: Buchdruckwerkstätten Hannover GmbH



Mit dem Positionspapier »EINIG IM ZIEL – Unser Weg einer demokratischen und sozialen Gewerkschaftsstrategie« beschreibt die Industriegewerkschaft Chemie-Papier-Keramik ihr gewerkschaftspolitisches Selbstverständnis

VORWORT

und lenkt die Blicke auf die in den kommenden Jahren vor uns liegende Arbeit.

Für uns ist klar, daß sich Gewerkschaftsarbeit im Betrieb und in der Gesellschaft vollzieht. Die Wünsche und Vorstellungen, aber auch die Sorgen und Nöte der Beschäftigten in Betrieben und Verwaltungen in die gewerkschaftliche Politik einzubringen, sie zu bündeln und gegenüber den Arbeitgebern und ihren Verbänden durchzusetzen, ist der eine Teil unserer Arbeit.

Darüber hinaus geht es um die umweltgerechte Ausgestaltung unserer Industriegesellschaft. Dabei kommt gerade den von der IG Chemie-Papier-Keramik zu betreuenden Branchen eine wichtige Bedeutung zu.

Für beide Bereiche brauchen wir den Sachverstand und die aktive Mitarbeit der Mitglieder unserer Organisation. Aber wir brauchen noch mehr: Wir wollen zur aktiven Mitarbeit auch diejenigen gewinnen, die noch nicht den Weg zur IG Chemie-Papier-Keramik gefunden haben.

Die Durchsetzung unserer gewerkschaftlichen Zielvorstellungen wird um so besser gelingen, je stärker wir sind. Die gewerkschaftlichen und politischen Positionen der IG Chemie-Papier-Keramik sind klar umrissen.

Hermann Rapp

Hermann Rapp
- Vorsitzender -

I. Einleitung	Seite 5
II. Die Bedingungen unseres Handelns	7
III. Die Politik der IG Chemie-Papier-Keramik	10

INHALTSVERZEICHNIS

IV. Geleistete Arbeit und Aufgaben in den kommenden Jahren	12
Geleistete Arbeit	12
Aufgaben der kommenden Jahre	16
Tarifpolitik	17
Weiterbildung	20
Jugendarbeit	22
Frauenförderung	23
Europa	25
Umweltpolitik/ Arbeitsicherheit	27
Gewerkschaftliche Betriebsratsarbeit	29
Angestellte	32
V. Umsetzung unserer gewerkschaftspolitischen Ziele	35

In Übereinstimmung mit dem Grundsatzprogramm des DGB stellt die IG Chemie-Papier-Keramik hiermit einige Schwerpunkte ihrer Arbeit für die kommenden Jahre vor, die sich aus Kongreßbeschlüssen und Absprachen im DGB sowie unseren Gewerkschaftstagsbeschlüssen und Vorgaben der Satzungs-gremien ergeben.

EINLEITUNG

In diesem Zusammenhang geht es auch darum, unseren Weg einer gewerkschaftlichen Strategie zu beschreiben, der auf dem Grundgedanken des sozialen, solidarischen und demokratischen Miteinanders beruht und der dem gewerkschaftlichen Ziel der gleichberechtigten Partnerschaft der Arbeitnehmer in Wirtschaft und Gesellschaft dient.

Weitere Verkürzung der Arbeitszeit, Weiterbildung für alle, Verwirklichung der Chancengleichheit für Frauen und Männer, Sicherung und Ausbau der Mitbestimmung, Verbesserung der Arbeits- und Lebensverhältnisse aller, ökologische Modernisierung und Weiterentwicklung des Industriestandortes Bundesrepublik Deutschland sind dabei zentrale Punkte, zu denen wir unsere Vorstellungen und Forderungen darlegen.

Probleme von heute können wir nicht mit Mitteln von gestern lösen. Gerade im Hinblick auf die Vollendung des Europäischen Binnenmarktes ergeben sich neue und zusätzliche Fragestellungen, die tarifpolitisch, bildungspolitisch sowie im Hinblick auf Betriebsverfassung, Umwelt- und Arbeitsschutz beantwortet werden müssen.

Dazu wollen wir Wege beschreiten, die auf unsere Industriezweige abgestimmt sind und die

der veränderten Beschäftigtenstruktur und dem auf demokratischen Konsens ausgerichteten Verständnis unserer Mitglieder entsprechen.

Unsere Politik des demokratischen und sachbezogenen Umgangs miteinander auf der Ebene der Tarifpolitik wie auf der gesellschaftspolitischen Ebene hat sich bewährt. Sie nimmt die Erwartungen unserer Mitglieder auf und setzt sie in praktische Gewerkschaftspolitik um. Wir werden sie fortsetzen, um damit die Realisierung der gemeinsamen Ziele der Arbeiterbewegung ein weiteres Stück voranzutreiben.

Grundlage unserer Gewerkschaftspolitik war und ist das Bekenntnis zum demokratisch-sozialen Rechtsstaat als unabdingbare Voraussetzung für die Entwicklung freier Gewerkschaftsarbeit und solidarischem Miteinander.

Die Bedingungen gewerkschaftlichen Handelns

DIE-BEDINGUNGEN UNSERES HANDELNS

erfassen neben dieser Voraussetzung eine

Reihe von politischen, gesellschaftlichen und ökonomischen Voraussetzungen.

Finanz-, Wirtschafts- und Sozialpolitik, konjunkturelle Einflüsse nationaler und internationaler Herkunft, strukturelle Entwicklungen in der Wirtschaft allgemein wie in den Branchen, die von uns vertreten werden, spielen hierbei eine wesentliche Rolle.

Die konjunkturellen Einflüsse der vergangenen Jahre waren durchaus positiv. Einem steigenden Bruttosozialprodukt, einer Zunahme der Zahl der Erwerbstätigen stehen jedoch strukturelle Veränderungen in den Bereichen Wirtschaft und Arbeit und eine nach wie vor hohe Arbeitslosigkeit gegenüber.

Diese Arbeitslosigkeit mit etwa 2 Mio Arbeitslosen im Jahresdurchschnitt erschwert gewerkschaftliches Handeln. Ihre Bekämpfung erfordert konkrete Lösungen und Antworten auf allen politischen Ebenen. Die Gewerkschaftspolitik bleibt in den nächsten Jahren wesentlich durch dieses drängende Problem bestimmt und beeinflusst.

Wirksame politische Entscheidungen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit sind bisher nicht getroffen worden. Die Regierung hat auf die

Selbstheilungskräfte des Marktes vertraut und hat sich aus ihrer Verantwortung für Arbeit und Arbeitsmarktpolitik, für soziale Gerechtigkeit und soziale Sicherheit zurückgezogen. Wirtschafts-, finanz- und steuerpolitische Möglichkeiten des Staates sind nicht genutzt worden. Dadurch ist soziale Ungerechtigkeit entstanden; dies hat zu einem Vertrauensverlust in unsere Demokratie, in das Sozialstaatsgebot unserer Verfassung und zu Zweifeln an dem Grundgedanken der sozialen Gerechtigkeit geführt.

Trotz der Spitzenstellung der deutschen Wirtschaft in Produktivität und Wettbewerbsfähigkeit fehlen die politischen Rahmenbedingungen, die nicht nur Gewinnmaximierung, sondern auch soziale Absicherung – soziale Kultur im weitesten Sinne – zu einem gleichwertigen Ziel politischen Handelns machen.

Ein Beleg dafür ist, daß die Einkommen aus selbständiger Tätigkeit prozentual ungleich stärker gewachsen sind, als die Einkommen aus abhängiger Tätigkeit.

Europaweite Unternehmensstrategien nehmen auch in kleineren und mittleren Unternehmen unseres Organisationsbereiches zu. Nationale gesetzliche Regelungen, sei es im Arbeitsschutz, beim Umweltschutz oder Sozial- und Arbeitsrecht werden immer stärker von den Entscheidungen der EG beeinflußt oder sogar bestimmt. Dies wird mit Verwirklichung des europäischen Binnenmarktes nach 1992 für fast alle Bereiche unserer Arbeit gelten. Zu diesen veränderten politischen Rahmenbedingungen kommt hinzu, daß in letzter Zeit und in Zukunft

verstärkt technologische und strukturelle Veränderungen von Industriebereichen besondere Anforderungen an gewerkschaftliche Arbeit stellen. Innovationsschübe treten in immer schnelleren Abständen, in immer universelleren Dimensionen auf. Die Folge ist eine sich ständig verändernde Arbeitsorganisation, gleichzeitig wird der Ruf nach mehr Flexibilität in den Betrieben laut, die Belastungen und Anforderungen an die Beschäftigten wachsen.

Auch hier haben sich die politischen Bedingungen nachteilig ausgewirkt. Die Forderung nach schnellerer Anpassung, größerer Flexibilisierung ist benutzt worden als Signal für einen Abbau der Schutzrechte der Arbeitnehmer. Das sogenannte Beschäftigungsförderungsgesetz und die Novellierung des Betriebsverfassungsgesetzes sind wesentliche Eckpunkte der »Wende im Arbeitsrecht«, die als Teil von Deregulierungsbemühungen der politischen Mehrheit versucht, die Handlungsmöglichkeiten der Betriebsräte und Gewerkschaften einzuschränken. Im Zuge der durch die Arbeitszeitverkürzung und technischen Entwicklung festzustellenden strukturellen Veränderungen der Arbeitswelt ändert sich auch das Rollenverständnis von Männern und Frauen. Die Arbeitsteilung in der Familie wird neu diskutiert. Dabei zeigt sich an dem auf 40 Prozent gestiegenen Anteil der Frauen an den Erwerbstätigen deutlich, daß mittlerweile beide Geschlechter der Erwerbstätigkeit grundlegende Bedeutung für ihre Existenzsicherung, Persönlichkeitsentwicklung und Selbstverwirklichung zuweisen.

Wir bekennen uns zur Mitarbeit, zur Mitwirkung und zur Mitgestaltung in unserem Land. Sozialer Rechtsstaat heißt für uns, die Lebens- und Arbeitsgrundlagen aller zu sichern und auszubauen.

Die erreichten Mitwirkungs- und Mitbestimmungsrechte der Gewerkschaften

DIE POLITIK DER IG CHEMIE-PAPIER-KERAMIK

sind ein hervorragendes Beispiel für die Bereitschaft der Gewerkschaft, auch Mitverantwortung in dieser Demokratie und in den Unternehmen zu übernehmen.

Die IG Chemie-Papier-Keramik betreibt – ausgehend von ihren Vorstellungen von Gewerkschaftspolitik – eine Arbeit, die darauf abgestellt ist, sachgerechte Antworten für die Probleme und Interessen ihrer Mitglieder zu finden.

Dabei sind wir dort zum Konsens bereit, wo partnerschaftliches Denken und Handeln eine beiderseitig tragfähige Lösungsmöglichkeit eröffnet. Wir sind allerdings da zum Konflikt aufgefordert und bereit, wo die Verhandlungsebenen ausgeschöpft sind, ohne daß akzeptable Ergebnisse erzielt wurden.

Diese Politik setzt voraus, daß für unsere Vorstellungen und Forderungen und die von uns zu beschreitenden Wege in der Mitgliedschaft eine breite Mobilisierung erreicht wird.

Die Erfolge und die Akzeptanz in der Mitgliedschaft zeigen Tragfähigkeit und Richtigkeit dieser Politik; deswegen gehen wir auch keine Bündnisse mit Gruppen oder Gruppierungen ein, die unserem Verständnis von Politik entgegenstehen.

Die Qualifikation sowohl der Angestellten als auch der gewerblichen Arbeitnehmer nimmt ständig zu. Dabei sind z. B. in der chemischen Industrie heute fast 50 Prozent der Beschäftigten Angestellte. Von dem zurückgehenden Anteil von gewerblichen Arbeitnehmern haben weit über die Hälfte der Arbeitnehmer eine abgeschlossene Ausbildung, davon wiederum ein Großteil eine qualifizierte Facharbeiterausbildung.

Diese neue Beschäftigtenstruktur hat Auswirkungen auf gewerkschaftliches Handeln. Stärkeres Eingehen auf den einzelnen, auf individuelle Interessen von Arbeitnehmern ist zur Voraussetzung erfolgreicher Gewerkschaftspolitik geworden. Unsere Aufgabe dabei ist, die Interessen der Arbeitnehmer zu bündeln und Rahmenbedingungen zu schaffen, die die soziale Voraussetzung für die Berücksichtigung individueller Interessen bieten. Die immer komplizierter werdenden Arbeitsabläufe in der Industrie und die sich verändernde Organisation menschlicher Arbeit in unserer Gesellschaft fordern eine qualifizierte Beratung durch Gewerkschaften.

Es zeigt sich deutlich, daß mit der zunehmenden Veränderung der Struktur der Beschäftigten eine Politik des sachbezogenen und partnerschaftlichen Umgangs mit den Arbeitgebern die richtige Antwort auf die neuen Bedingungen ist.

Die Ergebnisse der bisherigen Arbeit bestätigen unsere Politik. Es besteht in allen zentralen Arbeitsschwerpunkten eine hohe Übereinstimmung mit unseren Mitgliedern. Unsere Erfolge in der Tarif- und Umweltpolitik, in der Jugend-, Frauen- und Angestelltenarbeit

GELEISTETE ARBEIT UND AUFGABEN IN DEN KOMMENDEN JAHREN

sind auf die Identifikation der Mitglieder mit ihrer Gewerkschaft und deren Politik zurückzuführen.

GELEISTETE ARBEIT

In der **Tarifpolitik** haben wir unsere Handlungsspielräume genutzt und unsere Beiträge zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und zur Gestaltung der Arbeitsverhältnisse geleistet.

● Mit **Vorruhestandstarifverträgen** in fast allen Branchen hat die IG Chemie-Papier-Keramik den Mitgliedern die Möglichkeit gegeben, vorzeitig aus dem Arbeitsleben auszuschcheiden, so daß arbeitslose Arbeitnehmer eingestellt und Auszubildende nach Abschluß ihrer Ausbildung übernommen werden konnten. Hiermit wurde ein beschäftigungswirksamer Beitrag zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit geleistet.

● Die **Wochenarbeitszeitverkürzung** bei vollem Einkommensausgleich ist nach Auslaufen des Vorruhestandsgesetzes und der entsprechenden Tarifverträge in fast allen Branchen, die von uns betreut werden, vereinbart worden.

● Als erste Gewerkschaft haben wir für einen großen Industriebereich einen Tarifvertrag über **Teilzeitarbeit** abgeschlossen. Durch den Tarifvertrag wurde die tägliche Mindestarbeitszeit

festgelegt und damit der Regelfall! die Sozialversicherungspflichtigkeit von Teilzeitarbeit in der chemischen Industrie festgeschrieben.

● Der Abschluß eines einheitlichen **Engeltarifvertrages** für gewerbliche Arbeitnehmer und Angestellte hebt erstmals für einen großen Tarifbereich die Unterscheidung zwischen gewerblichen Arbeitnehmern und Angestellten bei Eingruppierung und Einkommensfindung auf und gibt eine Antwort auf die sich ändernden Beschäftigungsstrukturen in der chemischen Industrie.

Neben diesen tarifpolitischen Eckpfeilern unserer Gewerkschaftsarbeit konnten in einer Reihe von anderen Arbeitsfeldern über Vereinbarungen mit den Arbeitgebern gemeinsame Positionen gefunden werden, die unserer Politik des sachbezogenen und partnerschaftlichen Umgangs entsprechen.

Sowohl in der chemischen Industrie als auch in der Papierindustrie konnten **Grundsatzvereinbarungen über die Zusammenarbeit zur Förderung der Berufsbildung** beschlossen werden. Danach werden paritätisch besetzte **Berufsbildungsräte** gegründet, die sich inhaltlich mit folgenden Themen befassen:

- Behandlung und Erörterung bildungspolitischer Themen und der Erarbeitung von Empfehlungen zur Förderung der Berufsbildung
- Information und Erfahrungsaustausch in Aus- und Weiterbildung
- Beratung und Beschlußfassung zur Neu- und Weiterentwicklung von Aus- und Fortbildungsordnungen.

In der **Frauenarbeit** ist es der IG Chemie-Papier-Keramik gelungen, mit dem Bundesarbeitsgeberverband der chemischen Industrie gemeinsame **Grundsatzpositionen zur Frauenförderung** zu vereinbaren. Eine derartige Regelung ist zum ersten Mal in der Bundesrepublik Deutschland für einen gesamten Industriebereich getroffen worden. Erstmals wurde dabei die Frauenförderung für die unterschiedlichen betrieblichen Ebenen neben der Verbesserung von Aufstiegschancen auch mit der Verbesserung von Arbeitsplatzbedingungen verknüpft.

In unserer **Europaarbeit** ist in diesem Jahr eine gemeinsame Arbeitsgruppe mit dem Bundesarbeitsgeberverband Chemie zum EG-Binnenmarkt 1992 eingesetzt worden, um sowohl die Arbeitnehmer als auch die Arbeitgeber berührenden Fragen zu erörtern und um zu gemeinsamen Auffassungen auch zur sozialen Ausgestaltung von Europa zu kommen.

Im Bereich der **Umweltpolitik** und des Gesundheitsschutzes am Arbeitsplatz sind mit dem Bundesarbeitsgeberverband Chemie und dem Verband der chemischen Industrie Gespräche für einen verbesserten Umweltschutz geführt worden, die als Ergebnis ergeben haben:

- Das seit 1978 laufende Altstoffprogramm der Berufsgenossenschaft Chemie wird intensiviert und um die Stoffüberprüfung im Bereich »umweltrelevanter Altstoffe« erweitert.

- Umweltschutz als Thema für die Wirtschafts- und Arbeitsschutzausschüsse.

- Gemeinsame Informationsveranstaltungen für Betriebsräte.

Hierzu ist eine »Gesellschaft zur Information von Betriebsräten über Umweltschutz in der chemischen Industrie« (**GIBUCI**) gegründet worden. Ziel ist es, die Arbeit der Betriebsräte in den Wirtschafts-, Arbeitssicherheits- und Umweltausschüssen durch zusätzliche Informationen und die Möglichkeit der Diskussion über verschiedenste Umweltdaten und -fakten zu unterstützen.

Die Politikschwerpunkte unserer Arbeit in den nächsten Jahren orientieren sich an den konkreten Bedürfnissen unserer Mitglieder nach Erhalt und Ausbau der Arbeitsplätze, Absicherung und Erweiterung des sozialen Niveaus und Hilfestellung bei den Aufgaben der Zukunft. Dabei ist der Erhalt und Ausbau

AUFGABEN DER KOMMENDEN JAHRE

des Industriestandortes Bundesrepublik Deutschland von entscheidender Bedeutung für unsere gewerkschaftliche Arbeit. Der teilweise negativ geführten Standortdiskussion, die einem Abbau von Arbeitnehmerrechten, von sozialen und gesellschaftspolitischen Errungenschaften das Wort redet, setzen wir die Standortvorteile entgegen.

Qualifizierte, leistungsbereite Arbeitnehmer und eine gute Berufs- und Arbeitskultur mit einem funktionierenden dualen Bildungssystem, Betriebsverfassung, Mitbestimmung, Berufsgenossenschaftssystem als gestaltende Elemente einer demokratischen Ordnung sowie starke Gewerkschaften sind Vorteile, die es zu erhalten und auszubauen gilt.

Dabei ist unabdingbar, die Interessen der Arbeitnehmer mit den Interessen von Ökonomie und Ökologie zu verzahnen.

Neue Aufgaben, wie das Bestreben beider Geschlechter nach Chancengleichheit in allen Bereichen, werden unterstützt.

Voraussetzung für die Durchsetzung unserer Gewerkschaftspolitik ist dabei eine von allen Funktionären getragene engagierte Mitgliederwerbung.

Die Weiterentwicklung des Entgelttarifvertrages in der chemischen Industrie sowie die Einführung von Entgelttarifverträgen

auch in anderen Branchen unseres Organisationsbereiches bleibt ein tarifpolitischer Schwerpunkt. Nach dem ersten entscheidenden Schritt

AUFGABEN DER KOMMENDEN JAHRE

in der chemischen Industrie wird nunmehr angestrebt, die mate-

TARIFPOLITIK

riellen Inhalte und Strukturen auszubauen, wie bestehende Probleme in Detailfragen zu bereinigen. Dabei sind auch die Diskussionsergebnisse der Berufsgruppen mit einzubeziehen.

Daneben bleibt die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit durch **weitere Verkürzung der Arbeitszeit** ein herausragendes tarifpolitisches Ziel. Dabei wird es darauf ankommen, diese Politik fortzusetzen, ohne den Staat aus seiner beschäftigungspolitischen Verantwortung zu entlassen. Die IG Chemie-Papier-Keramik setzt sich für die Durchsetzung der 35-Stunden-Woche ein. Wir werden in den nächsten Tarifrunden **weitere Verkürzungen der Wochenarbeitszeit** fordern.

In diesem Zusammenhang sind die **Bedingungen der Umsetzung der Arbeitszeitverkürzung** mit zu regeln. Es sind Formen der Arbeitszeitverteilung tarifvertraglich zu finden, die einerseits vorrangig die Arbeitnehmerinteressen bei Lage und Verteilung der Arbeitszeit berücksichtigen, und andererseits die notwendigen Bedürfnisse für betriebliche Flexibilität nicht außer acht lassen. Dabei ist auch eine Regelung zur Begrenzung von **Überstunden** zu finden. Es bleibt unbestreitbar, daß Überstunden in der be-

trieblichen Praxis anfallen. Sie dürfen jedoch nicht als Dauereinrichtung zu Lasten des Arbeitsmarktes gehen, sondern sind soweit wie möglich abzubauen und in zusätzliche Arbeitsplätze umzuwandeln.

Wir werden weiterhin für den Erhalt des **freien Wochenendes** eintreten und uns gegen eine Veränderung der bestehenden Schutzgesetze wenden. Immer da, wo Arbeitgeber Wochenendarbeit aus wirtschaftlichen und technischen Gründen beantragen, werden wir uns dafür einsetzen, daß betriebliche Regelungen sozial- und arbeitsmarktpolitisch sinnvoll gestaltet werden. Eine Lösung dieses Problems allein durch Überstunden an Wochenenden kann aus gewerkschaftlicher Sicht nicht tragfähig sein.

Besonderer Überlegungen bedarf es im Bereich der Schichtarbeiter. In den Industriebereichen der IG Chemie-Papier-Keramik liegt der Anteil der Arbeitnehmer, die im Schichtdienst eingesetzt sind, bei über 33 Prozent. Die Bedeutung dieser Arbeitnehmergruppe mit einer von der Normalarbeit abweichenden Arbeitszeitverteilung liegt daher auf der Hand.

Arbeitszeitverkürzungen im Bereich der Schichtarbeit sind daher unter dem Gesichtspunkt der Einführung eines Fünf-Schichtsystems mit bedeutend weniger Nacht- und Wochenendarbeit anzustreben.

Weiterhin werden in allen Branchen **Tarifverträge über Teilzeitarbeit** angestrebt. Bestehende Tarifverträge sind auszubauen.

Die IG Chemie-Papier-Keramik tritt für eine **Beteiligung der Arbeitnehmer am Zuwachs des**

Produktivvermögens ein. Es ist unbestritten, daß die Arbeitnehmer durch den Einsatz ihrer Arbeitskraft zur Vermehrung des Produktivvermögens beigetragen haben. Eine Beteiligung an diesem Kapital- und Vermögenszuwachs ist daher legitim und notwendig.

Um diesem Anspruch gerecht zu werden, will die IG Chemie-Papier-Keramik in einem ersten Schritt ihre **Tarifverträge über vermögenswirksame Leistungen** dem neugefaßten 5. Vermögensbildungsgesetz anpassen.

Der Wandel der Qualifikationsanforderungen ist in vielen industriellen Bereichen so schnell, daß neu erlernte Qualifikationen schon nach wenigen Jahren unzureichend sein können. Damit gewinnt die Weiterbildung für die Zukunft der einzelnen Arbeitnehmer und der Industriegesellschaft insgesamt erheblich an Bedeutung.

AUFGABEN DER KOMMENDEN JAHRE

WEITERBILDUNG

Deshalb werden wir uns der Herausforderungen annehmen, die gerade im Bildungsbereich durch den sich weiter verstärkenden Einsatz neuer Technologien auf uns zukommen.

Es ist sinnvoll, wenn Unternehmer und Gewerkschaften gemeinsam zu einem Konsens über die Qualität der fortwährenden Ausbildung von Arbeitnehmern kommen. Es geht dabei vorrangig um die Anwendung neuer Technologien und die Organisation zukünftiger Arbeit. Wir schlagen vor, eine Initiative »**Technik und Bildung in sozialer Verantwortung**« zu entwickeln.

Wir streben damit einen Tarifvertrag Weiterbildung an, der folgende wesentliche Rahmenbedingungen beinhaltet:

● **Weiterbildungsanspruch für alle Arbeitnehmer**

Zur Zeit werden im wesentlichen Arbeitnehmer nur dann qualifiziert, wenn betriebliche Erfordernisse einen unmittelbaren Bedarf für das Unternehmen ergeben. Die Auswahl der Arbeitnehmer für Qualifizierungsmaßnahmen trifft bisher allein der Arbeitgeber. Es erfolgt regelmäßig keine langfristige Planung; dies führt teilweise zu einem Arbeitskräftemangel in qualifizierten Berufen.

Wir wollen den Weiterbildungsanspruch der Arbeitnehmer unabhängig machen von dieser unternehmerischen Alleinentscheidung. Alle Arbeitnehmer, die sich weiterqualifizieren wollen, sollen ein entsprechendes Angebot erhalten. Zusätzliche Qualifizierung ist für die Arbeitnehmer ein Schutz vor Entwertung von Qualifikation und Arbeitslosigkeit.

● **Entgeltfortzahlung und Kostenerstattung der Weiterbildung mit Kombinationsmöglichkeiten zwischen Arbeitszeitverkürzung und Weiterbildung**

Weiterbildung von Arbeitnehmern, auch wenn keine unmittelbare Notwendigkeit aus unternehmerischer Sicht hierzu besteht, ist unter Fortzahlung des Entgeltes vom Arbeitgeber anzustreben. Dabei ist zu prüfen, inwieweit bei weiteren Arbeitszeitverkürzungen für die Arbeitnehmer Zeitkontingente festzulegen sind, die individuell in Anspruch genommen werden können.

● **Paritätisch besetzte innerbetriebliche Weiterbildungskommission**

Inhaltliche und methodische Ausgestaltung der Weiterbildungsmaßnahmen, die Auswahl der Teilnehmer werden durch paritätisch besetzte innerbetriebliche Weiterbildungskommissionen geregelt.

● **Empfehlungen durch Berufsbildungsräte**

Die Berufsbildungsräte der jeweiligen Branchen haben Empfehlungen für Weiterbildungsmaßnahmen und Richtlinien für deren Durchführung zu entwickeln.

In der gewerkschaftlichen Jugendarbeit besteht die Aufgabe der IG Chemie-Papier-Keramik darin, einerseits die Interessen von arbeitslosen Jugendlichen aufzugreifen, insbesondere mit dem Ziel der Schaffung von zusätzlichen Arbeits- bzw. Ausbildungsplätzen, andererseits die Interessen der

Auszubildenden mit qualitativ guten Ausbildungsplätzen zu vertreten.

Der **Jugend- und Auszubildendenvertretung** kommt dabei eine besondere Bedeutung zu. Neben der Erfüllung ihrer gesetzlichen Aufgaben, z.B. nach dem Betriebsverfassungsgesetz, hat sie auf die inhaltliche Umsetzung von Regelungen der neu geordneten Berufe, wie der Aktualisierung der Ausbildungsabläufe zu achten.

Für die gewerkschaftliche Jugendarbeit bedeutet dies – neben dem jährlichen Bemühen um die Fortsetzung der Werbung der neu eingestellten Auszubildenden und Jungarbeiter/innen –, daß inhaltliche Schwerpunkte und Arbeitsformen gefunden werden müssen, die den Wertewandel und die größere Individualität von Jugendlichen aufgreifen. Die IG Chemie-Papier-Keramik zielt durch ihre gewerkschaftliche Jugendarbeit darauf ab, die politische Integration der Jugendlichen in unserer Organisation weiter voranzutreiben, um somit eine politische und persönliche Heimat für die Jugendlichen zu schaffen.

AUFGABEN DER KOMMENDEN JAHRE

JUGENDARBEIT

Ausgehend von der Vereinbarung mit dem Bundesarbeitgeberverband der chemischen Industrie zur Frauenförderung wird unsere Arbeit an drei Schwerpunkten ansetzen, um die Diskussion über Chancengleichheit in die Betriebe hineinzutragen:

AUFGABEN DER KOMMENDEN JAHRE

FRAUENFÖRDERUNG

● **Wir wollen Chancengleichheit für Frauen bei Beschäftigung, Aus- und Weiterbildung sowie beruflichem Aufstieg.**

Dies erreichen wir, indem wir für humane Arbeitsplätze sorgen, zukunftsorientierte Berufe für junge Frauen erschließen, die Übernahme nach der Ausbildung sichern und bedürfnisgerechte Weiterbildung durchsetzen. Dabei müssen besser qualifizierte Frauen gleichberechtigte Aufstiegschancen bekommen.

● **Wir wollen Chancengleichheit für Frauen durch familienfreundliche Arbeitsbedingungen.**

Dies erreichen wir durch Wiedereinstellungszusagen nach der Familienphase, durch Freistellung für Kinderbetreuung und Pflege von Angehörigen, durch Arbeitszeiten, die an den Bedürfnissen der Familienarbeit orientiert flexibel sind.

● **Wir wollen eine systematische, von den innerbetrieblichen Sozialpartnern gemeinsam geführte und von Männern und Frauen gleichermaßen getragene Verwirklichung dieser Ziele im Betrieb.**

Dies erreichen wir, indem wir möglichst paritätisch besetzte Arbeitskreise »Frauenförderung« in den Betrieben bilden, die mit abge-

sicherten Arbeitsmöglichkeiten die gegenwärtige Situation analysieren, Maßnahmen entwickeln und deren Umsetzung kontrollieren.

Um zu gewährleisten, daß Frauenförderung für alle Arbeitnehmerinnen in allen Branchen stattfindet, hat die IG Chemie-Papier-Keramik damit begonnen, gemeinsam mit den betroffenen Kolleginnen die Arbeitsbedingungen in den bestehenden Arbeitsstrukturen zu erheben und Verbesserungen durch den Abbau psychischer und physischer Belastungen anzustreben.

Die Verwirklichung von Chancengleichheit ist ein breites Arbeitsfeld. Sie kann an jedem einzelnen Punkt der alltäglichen gewerkschaftlichen und betrieblichen Interessenvertretung eine Rolle spielen. Die sachbezogene Kooperation von Betriebsräten und Vertrauensleuten mit Frauenausschüssen und Berufsgruppen ist deshalb für den Erfolg gewerkschaftlicher Frauenförderung von zentraler Bedeutung.

Für die innerorganisatorische Frauenförderung benötigen wir ein Klima gewerkschaftlicher Kultur in Solidarität und mit kollegialen Umgangsformen. Kolleginnen und Kollegen sind für die noch fehlende Chancengleichheit zu sensibilisieren.

Neben unserer internationalen Gewerkschaftsarbeit ist Europa ein besonderer Schwerpunkt. Gesetzliche Rahmenbedingungen für die soziale Ausgestaltung des EG-Binnenmarktes sind eine unerläßliche Voraussetzung für ein soziales Europa.

AUFGABEN DER KOMMENDEN JAHRE

EUROPA

Im Interesse des Umweltschutzes und der Arbeitssicherheit

wie aber auch aus ökonomischen Gründen setzen wir uns für einheitliche europäische Regelungen ein.

Unsere Politik richtet sich daneben auf eine konkret unternehmensbezogene Beschäftigung mit europäischen Fragen. **Informationsaustausch und Koordinierung zwischen den Gewerkschaften in Europa** bezüglich der jeweiligen sozialen Bedingungen, den Möglichkeiten der Interessenvertretung, der Informations- und Mitbestimmungsrechte aber auch der jeweiligen Folgen der Unternehmenspolitik auf europäischer Ebene werden immer bedeutsamer. Hier müssen angemessene Arbeitsformen gefunden werden.

Neben der Koordinierung der Gewerkschaften untereinander müssen wir mit europaweit agierenden Unternehmen zu Gesprächen und Vereinbarungen kommen über **Informations- und Konsultationsrechte der Betriebsräte** dieser Unternehmen. Die Unternehmen müssen verpflichtet werden, über grundlegende wirtschaftliche Entscheidungen, Beschäftigungsentwicklungen und Arbeitsbedingungen die Arbeitnehmer aller Länder zu informieren und sie

in diese Entscheidungen einzubeziehen. Hierzu streben wir ein gemeinsames Vorgehen mit den Unternehmen an, um im Wege von geeigneten Absprachen den neuen Bedingungen gerecht werden zu können.

Weiterhin wollen wir auf europäischer Ebene einen **Koordinationsausschuß für Tariffragen** bilden. Zweck dieses Koordinationsausschusses für Tariffragen ist die Information, Konsultation und Koordination wichtiger tariflicher Entwicklungen in den Sektoren der europäischen Chemiegewerkschaften.

Zentrale Punkt unserer Forderungen ist die aktive Unterstützung einer **gesamtgesellschaftlichen Konsensfindung für eine umweltfreundliche Industriepolitik**. Dies stellt eine große Herausforderung dar. Die IG Chemie-Papier-Keramik erhebt den Anspruch, diese gesamtgesellschaftliche Konsensfindung mit zu beeinflussen und

AUFGABEN DER KOMMENDEN JAHRE

UMWELTPOLITIK/ ARBEITSSICHERHEIT

mit zu gestalten.

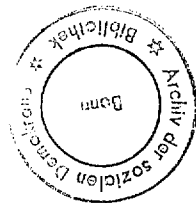
Schwerpunkte unserer weiteren Arbeit sind:

- Ausweitung der Mitwirkungs- und Mitbestimmungsrechte für den betrieblichen Umweltschutz analog zur Arbeitssicherheit.
- Einrichtung von Umweltausschüssen und Bestellung von Umweltschutzbeauftragten in den Betrieben auf der Grundlage eines eigenständigen Gesetzes.
- Verpflichtung der Arbeitgeber zur Erstellung eines betrieblichen Umweltschutzprogramms und Erstattung (Abgabe) des Jahresberichtes des Umweltbeauftragten im Betriebsrat.
- Einführung verbindlicher Regeln für eine Zusammenarbeit der Gewerbeaufsicht mit dem Betriebsrat im Bereich des Umweltschutzes.
- Abschluß weiterer Betriebsvereinbarungen zum Thema Umweltschutz auf der Grundlage des Kommuniqués vom 20.8.1987 zwischen dem Bundesarbeitgeberverband Chemie und der IG Chemie-Papier-Keramik. Die Chance zu einem geregelten Informationsaustausch zwischen Unternehmensleitung und Betriebsrat sollte von allen Betriebsräten innerhalb der chemischen Industrie genutzt werden.

- Übertragung des Modells GIBUCI auf alle Branchen in unseren Betreuungsbereichen.
- Verbesserung der Arbeitssicherheit und des Gesundheitsschutzes am Arbeitsplatz, vor allem auch im Hinblick auf neue Technologien und Stoffe (z.B. Bio- und Gentechnologie).

AUFGABEN DER KOMMENDEN JAHRE

GEWERKSCHAFTLICHE BETRIEBSRATSARBEIT



Die geänderten gesetzlichen Rahmenbedingungen und die sich abzeichnende technologische Entwicklung (EDV, just-in-time-Produktion, neue Werkstoffe etc.) erfordern neue Voraussetzungen für eine effektive Betriebsratsarbeit. Ohne die Einbeziehung des Sachverständigen der betroffenen Arbeitnehmer wird Betriebsratsarbeit

künftig den Anforderungen einer erfolgreichen Interessenvertretung kaum ausreichend gerecht werden können. Angesichts der vielfältigen Arbeitsaufgaben der Betriebsräte werden die komplexen zu regelnden Sachverhalte ohne das Fachwissen betroffener Arbeitnehmer nicht angemessen gestaltbar. Insoweit wird künftige Betriebsratsarbeit eine neue Qualität haben müssen, um den Ansprüchen aller Arbeitnehmer gerecht zu werden und sie in die Arbeit einzubeziehen.

Zur Umsetzung der künftigen Arbeit muß die **Zusammenarbeit von Konzern- und Gesamtbetriebsräten und den Arbeitnehmervertretern im Aufsichtsrat mit den Betriebsräten vor Ort** intensiver genutzt werden. Mit den Vertrauensleutekörpern müssen die Ziele und Umsetzungsmöglichkeiten erarbeitet werden.

Mit der Novellierung des Betriebsverfassungsgesetzes wurde gleichzeitig das Gesetz über **Sprecherausschüsse der leitenden Angestellten** verabschiedet. Das novellierte Betriebsverfassungsgesetz hat zwar keine Ausweitung des Personenkreises der leitenden Angestellten gebracht, aber den leitenden Angestellten über

das Sprecherausschußgesetz eine eigene gesetzliche Vertretung verschafft.

Da im Sprecherausschußgesetz den leitenden Angestellten keine substantiellen Mitwirkungs- und Mitbestimmungsrechte den Arbeitgebern gegenüber zugestanden wurden, besteht die Möglichkeit, daß die Sprecherausschüsse aus Gründen der Selbstlegitimation versuchen werden, auf Kosten der anderen Arbeitnehmer ihre Existenz zu rechtfertigen. Konflikte zwischen Betriebsrat und Sprecherausschuß sind nicht auszuschließen.

Die IG Chemie-Papier-Keramik hat mit dem Bundesarbeitgeberverband Chemie e.V. und mit dem Verband angestellter Akademiker und leitender Angestellter der chemischen Industrie in einer gemeinsamen Position Grundsätze für die Abgrenzung der leitenden Angestellten in der chemischen Industrie festgelegt. Die beteiligten Verbände gehen davon aus, daß die Novellierung des BetrVG im § 5 Abs. 3 und 4 kein Anlaß zur Ausweitung des Kreises der leitenden Angestellten ist. Mit diesem Positionspapier wollen wir sicherstellen, daß die in den zurückliegenden Jahren betriebsbezogene Abgrenzung nicht grundsätzlich in Frage gestellt wird und damit unnötige Statusverfahren die Betriebsratswahlen 1990 belasten.

Trotz der in der novellierten Fassung des Betriebsverfassungsgesetzes ersichtlichen Privilegierung von unorganisierten Arbeitnehmern und der gewollten Förderung von Spaltergruppierungen über einen sogenannten Minderheitenschutz müssen auch die **Betriebsrats-**

wahlen 1990 für die IG Chemie-Papier-Keramik wieder ein Erfolg werden.

Vergleichbare Ergebnisse zu früheren Betriebsratswahlen und eine Verbesserung unserer Position werden 1990 möglich sein, wenn es den gewerkschaftlichen Vertrauenskörpern gelingt, unsere Erfolge in der gewerkschaftlichen und betriebsrätlichen Arbeit offensiv darzustellen. Außerdem muß deutlich gemacht werden, daß die gewerkschaftlichen Zielsetzungen der verbesserten Arbeits- und Lebensbedingungen für die Arbeitnehmer nur mit starken Betriebsräten, Betriebsräten der IG Chemie-Papier-Keramik, durchzusetzen sind.

Die in erster Linie auf Kooperation und nicht auf Konflikt orientierte Politik der IG Chemie-Papier-Keramik findet eine hohe Akzeptanz bei Angestellten. Damit ist die Grundvoraussetzung für eine weitere Aktivierung der gewerkschaftlichen Angestelltenarbeit gegeben.

Vor dem Hintergrund der Verschiebungen in der Beschäftig-

AUFGABEN DER KOMMENDEN JAHRE

tenstruktur hin zu mehr Angestellten, wird der Erfolg dieser Arbeit langfristig über die Stärke der IG Chemie-Papier-Keramik bestimmen.

Ansatzpunkt der Angestelltenarbeit ist die Arbeit in den Betrieben. Dazu ist das Konzept der **zielgruppenorientierten Gewerkschaftsarbeit** entwickelt und inzwischen auch erfolgreich erprobt worden. Nach diesem Konzept werden Probleme, die eine bestimmte (Ziel-)Gruppe betreffen, differenziert aufgearbeitet und Lösungsvorschläge für die betriebliche Interessenvertretung entwickelt. Dazu werden – zeitlich begrenzt – Arbeitskreise eingerichtet, an deren Sitzungen auch Unorganisierte teilnehmen können. Inhaltlich werden in solchen Arbeitskreisen Themen z.B. zur Weiterbildung, Software-Ergonomie, Rechneinsatz, Personalentwicklung und -planung, Entlohnung im AT-Bereich etc. diskutiert. Damit derartig differenzierte Themen behandelt werden können, ist es notwendig, den Sachverstand der betroffenen Arbeitnehmer mit einzubeziehen. Dies führt u.a. auch dazu, diese Arbeitnehmer für gewerkschaftliche Arbeit über die konkreten Themen hinaus anzusprechen.

ANGESTELLTE

Die Aufgabe der **Angestelltenausschüsse** in den Verwaltungsstellen und Bezirken sowie der hauptamtlichen Kolleginnen und Kollegen ist es, die Betriebsräte zu unterstützen und die Arbeit zu koordinieren. Die Qualifizierung der haupt- und ehrenamtlichen Funktionäre ist ein wichtiger Baustein zur Verbesserung der Qualität dieser Arbeit.

Daneben ist die **Berufsgruppenarbeit** eine wichtige Ergänzung der zielgruppenorientierten Angestelltenarbeit. In den Verwaltungsstellen ist die Berufsgruppenarbeit dabei unmittelbarer Bestandteil der zielgruppenorientierten Angestelltenarbeit. Auf Bezirks- und Bundesebene ist eine wichtige Aufgabe der Berufsgruppen, Themen für die örtliche Arbeit inhaltlich auf- und auszuarbeiten. Berufsgruppenübergreifende Themen werden in Kooperation mehrerer Berufsgruppen erarbeitet.

Für den inhaltlichen Erfahrungsaustausch und zur Planung von gezielten Aktionen werden im Rahmen der Berufsgruppenarbeit Fachtagungen durchgeführt. Die inhaltliche Gestaltung dieser Fachtagungen wird vorwiegend durch ehrenamtliche Kolleginnen und Kollegen geleistet. Die geplante **Aktion Büroarbeit 2000** der Bundesberufsgruppe Kaufleute in Zusammenarbeit mit der Abteilung Frauen ist hierfür ein Beispiel.

Eine weitere Bedingung für eine erfolgreiche Mitgliederwerbung ist eine Systematisierung der betrieblichen Gewerkschaftsarbeit. Der Schwerpunkt bei der Mitgliederwerbung im Angestelltenbereich liegt bei den Auszubildenden und bei den neu Eingestellten. Aber auch die im Betrieb

schon länger Beschäftigten dürfen in der Betreuung nicht vernachlässigt werden. Für die Akzeptanz der IG Chemie-Papier-Keramik im Betrieb kommt es weiterhin auch darauf an, die höherqualifizierten Angestellten positiv anzusprechen.

Unsere gesteckten Ziele lassen sich nur realisieren in dem gemeinsamen Bemühen aller Mitglieder der IG Chemie-Papier-Keramik. Die Diskussion unseres gewerkschaftlichen Handlungsrahmens für die nächsten Jahre muß in den Betrieben erfolgen. Die Identifizierung mit und

UMSETZUNG UNSERER GEWERKSCHAFTSPOLITISCHEN ZIELE

die Mobilisierung für die Politik der IG Chemie-Papier-Keramik ist die Grundlage für die Durchsetzung unserer Vorstellungen in Betrieb, Gesellschaft und Politik. Dazu bedarf es der aktiven Mitarbeit und des gemeinsamen Einsatzes der Betriebsräte und Vertrauensleute. Die gewerkschaftlich organisierten Betriebsräte und Vertrauensleute sind unsere entscheidende Stütze. Sie bestimmen die Gewerkschaftsarbeit im Betrieb. Sie diskutieren Tarifpolitik, entsenden ihre Mitglieder in die Tarifkommissionen, wählen die Delegierten in die Delegiertenhauptversammlungen der Verwaltungsstellen und bestimmen so die Politik der IG Chemie-Papier-Keramik. Aus den Verwaltungsstellen und Bezirken muß daher in enger Zusammenarbeit mit Vertrauensleuten und Betriebsräten unsere Konzeption einer zukunftsorientierten, problembewußten und auf Lösungen ausgerichteten Gewerkschaftsarbeit in die Betriebe getragen werden. Dazu brauchen wir auch die Zusammenarbeit mit den Personengruppen und ihren Ausschüssen ebenso wie mit den Berufsgruppenausschüssen. Die Unterstützung bei der Umsetzung fordern wir aber ebenso vom DGB und den ihm

angeschlossenen Gewerkschaften, wie wir auch umgekehrt die gemeinsamen, auf der Grundlage von Bundeskongreßbeschlüssen stehenden Zielsetzungen solidarisch mittragen.

